Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 83. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 19. Februar **1903.**

Die bedingte Begnadigung.

Dem Reichstag ist, wie dies alljährlich geschieht, vom Reichsjustizamt eine Zusammenstellung betreffend die Anwendung der in den Bundesstaaten für die bedingte Begnadigung geltenden Vorschriften zugegangen. Bei der bedingten Begnadigung wird die Strafvollstreckung für eine gewisse Zeit ausgesetzt und nach Ablauf dieser Zeit erlassen, wenn der Verurteilte sich entsprechend geführt hat. Die bedingte Begnadigung ist bei uns in der Hauptsache im Jahre 1895 eingeführt worden. Seit dieser Zeit haben 52,268 derartige Begnadigungen bis zum 31. Dezember 1902 stattgefunden. Auf das Jahr 1902 entfallen, wie schon gemeldet, 11,415 Fälle. Für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 ergaben sich durchschnittlich im Jahre 6041 Fälle. Seitdem hat die Zahl mit jedem Jahre, und zwar besonders stark im letzten Jahre, zugenommen.

Was die in den einzelnen Bundesstaaten ermittelten Ziffern betrifft, so hat 1902 gegenüber dem Vorjahre die Zahl der Fälle in den meisten Staaten nicht unbeträchtlich zugenommen. Eine Verminderung findet sich, jedoch durchweg nur in geringem Maße, bei Sachsen, Hessen, Oldenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Bremen und Elsaß-Lothringen. Dem Grundsatze, die bedingte Begnadigung in erster Reihe jugendlichen Personen zu gewähren, entspricht es, daß fast vier Fünftel aller Fälle (79 Proz.) Jugendliche betreffen. Im allgemeinen ist die Maßregel auf Personen beschränkt geblieben, die noch keine Freiheitsstrafe verbüßt hatten. Nur zwei Prozent aller Fälle betraf solche Personen, welche schon früher zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Die strafbare Handlung, auf welche sich die bedingte Begnadigung bezog, war meistens (in 68 Proz. aller Fälle) ein Vergehen; die übrigen Fälle verteilten sich ungefähr je zur Hälfte auf Verbrechen und Uebertretungen. Die Strafe, für welche der Aufschub bewilligt wurde, war in der Mehrzahl der Fälle (70 Proz.) von einem Amtsgericht oder Schöffengericht erkannt worden. Ueberwiegend handelte es sich um Gefängnisstrafen (85 Proz.), seltener um Haftstrafen (15 Proz.), nur ganz vereinzelt um Zuchthaus- oder Festungshaft. Die Dauer der ausgesetzten Gefängnisstrafe betrug in beinahe zwei Dritteln der Fälle (55 von 85) eine Woche oder weniger. Die Zahl der Fälle, in denen diese Strafe einen Monat überstieg, ist nur etwa ein Zehntel (9 von 85) der Gesamtzahl. Die Bewährungsfrist war in der großen Mehrzahl der Fälle (85 Proz.) auf weniger als drei Jahre bemessen; nur bei 15 Proz. aller Fälle betrug sie drei Jahre oder mehr. Werden die Strafen, auf die in den erledigten Fällen erkannt war, hinsichtlich ihrer Dauer miteinander verglichen, so zeigt sich, daß der Erfolg der bedingten Begnadigung bei Gefängnisstrafen von einer Woche und weniger am größten war (80 Proz.). Die Verhältniszahlen bei den Gefängnisstrafen von längerer Dauer sind nahezu gleich hoch (77 bis 81 Proz.). Was endlich den Einfluß der Länge der Bewährungsfristen betrifft, so ist es unverkennbar, daß sich die Ergebnisse um so weniger günstig gestalten, je weiter die Probezeit ausgedehnt wird. Bei einer Frist von weniger als zwei Jahren haben sich 81 Proz. der Verurteilten bewährt. Dagegen beträgt die Verhältniszahl bei einer Frist von zwei bis drei Jahren 80 Proz. und bei einer Frist von drei Jahren oder mehr 79 Proz. Aus der Nachweisung geht hervor, daß die bedingte Begnadigung in den letzten Jahren in wachsendem Maße zur Anwendung gekommen ist und daß ungünstige Erfahrungen mit dieser Einrichtung nicht gemacht worden sind.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Einrichtung zur Zeit noch recht unvollkommen ist. Als Einleitung ist in dem Bericht des Reichsjustizamts eine Uebersicht über die Gesetzgebung des Auslandes vorangestellt. Daraus ergibt sich, daß in einer Reihe anderer Kulturstaaten nicht bloß, wie bei uns, die bedingte Begnadigung, sondern die bedingte Verurteilung eingeführt ist. Das letztere System verdient unzweifelhaft den Vorzug gegenüber der bei uns zur Anwendung kommenden bedingten Begnadigung. Die Verurteilung mit bedingter Strafaussetzung ist eine besondere Art von Strafverhängung. Es wird dem Angeklagten vom Richter eine Strafe auferlegt, aber dabei gleichzeitig ausgesprochen, daß die Strafe nur dann vollstreckt werden soll, wenn binnen einer gewissen Zeit ein Rückfall einträte. Diese ganze Verfügung kann nur einheitlich vom Richter verhängt werden, der den Angeklagten persönlich gehört und den ganzen Vorfall verhandelt hat. Ganz anders liegt es aber bei der bedingten Begnadigung. Da entscheidet nicht der Richter über den Eintritt der Strafaussetzung, sondern es wird im schriftlichen Verwaltungsverfahren ohne jede Mitwirkung des Gerichts der Beschluß über die Strafaussetzung gefaßt. Daß diese Einrichtung eine andere ist als die, bei welcher der Richter gleichzeitig mit der Verhängung der Strafe über die Aussetzung der Vollstreckung der Strafe erkennt, liegt auf der Hand. Es wäre an der Zeit, zu der bedingten Verurteilung auch bei uns überzugehen. Die Zahl der Anhänger dieser Einrichtung hat sich in den letzten Jahren ganz bedeutend vermehrt, insbesondere, da das stetige Anwachsen der Zahl der rückfälligen Verbrecher auf die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Strafsystems immer deutlicher hinweist. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Ueber die Feier der silbernen Hochzeit des Erbprinzlich-Meiningenschen Paares wird aus Kiel weiter gemeldet: Prinz und Prinzessin Heinrich, die Erbprinzlich-Meiningenschen Herrschaften und die übrigen fürstlichen Gäste folgten gestern einer Einladung zum Tee nach der Villa des Prinzen Adalbert. Später fand im Schloß Theatervorstellung statt, nach welcher sich Prinz und Prinzessin Heinrich zu Ehren des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen mit den anwesenden Fürstlichkeiten und zahlreichen geladenen Gästen zur Festtafel vereinigten.

* Das Befinden des Prinzen Friedrich Christian war nach gestrigen Dresdener Meldungen recht befriedigend.

Aus dem Reichstage.

Man schreibt uns:

Je schwächer der Reichstag — wegen Mangels der Diäten — besucht wird, um so freieren Spielraum muß der Präsident den kleinen Lichtern unter den Mitgliedern und auch sonstigen Herren lassen, die nicht gerade als besondere Zierden des Standes der M. d. R. gelten. So wurde gestern ein Teil der Sitzung mit einem Zweikampf zwischen dem einstigen Hofprediger Stöcker, dem Vater der christlich-sozialen Bewegung, von der man kaum noch etwas hört, und der Sozialdemokratie ausgefüllt. Herr Stöcker verfuhr nach dem alten Rezept, die beste Verteidigung ist der Hieb und antwortete, als man ihm seinen Falsicheid im Prozesse Boeckers vorwarf, mit der Bezichtigung Bebels als Meineidigen; in Schweizer Blättern habe es gestanden. Inwohl, meinten die Sozialdemokraten, Stöckers Freund, der berüchtigte Normann-Schumann, habe die Behauptung lanziert. Mit diesem Ehrenmanne und Waldersee habe er ja auch den bekannten Scheiterhaufen-Brief verfaßt. Der „zweite Luther" ahmte wenigstens in der Derbheit der Sprache dem großen Reformator, dem Kinde des weniger dünnhäutigen Mittelalters, der gröblicher zupackte, nicht ohne Erfolg nach und da auch die Herren Sozialdemokraten nicht zimperlich sind, sondern glauben, wenn sie auf den groben Klotz einen noch gröberen Keil setzen, damit dem Verständnis der Massen besser nachzuhelfen, gab es gestern einige Viertelstunden, in denen wir uns daß über die Passivität des Präsidenten verwunderten. Selbst Graf Ballestrem scheint allmählich in stille Resignation verfallen zu sein. Neuen Sitzungen in zweiter Beratung, der sogenannten Einzelberatung, bereits über das Gehalt des Staatssekretärs des Innern und noch kein Leuchtturm, der die rettende Küste einer anderen Gegend in dieser Sprachwüste anzeigt! Da kann ein Präsident eines beschlußunfähigen Hauses schon verzweifeln. Noch einmal erhob sich die Verhandlung zu scharfen Tönen empor, als der Abg. Lenzmann (fr. Vp.) den Prozeß, den Stöcker mit seinem Amtsbruder Witte gehabt hat, ihm vorhielt. Lenzmann war nicht fein und Stöcker wurde grob und drohte dem Verteidiger Wittes, Herrn Lenzmann, direkt, er werde ihm einen Prozeß anhängen; er (Lenzmann) habe sich doch wahrhaftig nicht mit Ruhm als Verteidiger bedeckt. Den sozialdemokratischen Genossen kam gegen Stöcker, den übrigens die Präsidenten mehrfach schützen zu müssen glaubten, der besonnene aber manchmal überaus derbe Abg. Singer zur Hilfe. Er erreichte endlich, daß Stöcker schwieg, ja zum Teil revozierte. Neuen Ruhm hat ihm die Erörterung nicht gebracht. *

Politisches.

* Der Kaiser besuchte gestern vormittag den Reichskanzler und den englischen Botschafter und hörte darauf Vorträge des Kultusministers und des Finanzministers.

* Das Defizit des Reiches in eigenem Haushalt für das am 1. April ablaufende Etatsjahr hat der Schatzsekretär in der Budgetkommission auf Grund der Dezemberabschlüsse auf 34,094,000 M. beziffert. Am 10. Januar schätzte er das Defizit im Reichstage „auf etwa 30 Millionen, vielleicht auch eine Kleinigkeit darüber." Das Defizit ist bekanntlich in der Hauptsache verursacht durch Mindereinnahmen in der Zuckersteuer im Betrage von 15,703,000 M. und die Mindereinnahme des Gewinnes aus der Reichsbank im Betrage von etwa 8 Millionen Mark.

* In Bundesratskreisen herrscht die Meinung vor, es werde eine Kündigung der laufenden Handelsverträge nicht eintreten. Dieselben würden vielmehr fortlaufen bis zu dem Termin, der in den neu zu vereinbarenden Handelsverträgen als der Beginn des Inkrafttretens der letzteren vorgesehen werde. — Das ist auch das einzig richtige.

* Die Frage einer Wehrsteuer ist neuerdings im Zusammenhange mit den Wünschen für eine eifrige Betreibung der Veteranenfürsorge im Reichstage, wie die „Natl. Korresp." hört, nur vorläufig angeschnitten worden. Auch im Zentrum soll Geneigtheit bestehen, für den Gedanken einzutreten. Es wird als nicht ausgeschlossen betrachtet, daß der Abg. Müller-Fulda eine bezügliche Resolution einbringen werde. — Jetzt noch! Der Liebe Mühen wird vergeblich sein.

* Die „Münch. Neuest. Nachr." halten das Gerücht von der Demission des Ministeriums Crailsheim für unbegründet und meinen, für das Ministerium liege kein Grund vor, an Rücktritt zu denken. Weiter wird gemeldet, daß das Zentrum in der Presse und durch sonstige Agitation intensiv auf die Beseitigung des ihm verhaßten protestantischen Ministeriums hinarbeitet. Seit dem Zentrumsparteitag im Januar und Schädlers Reden ist die Agitation fast bis zum Siedepunkt des Wütens gekommen. Anschließend an die Swinemünder Depesche und des Reichskanzlers Ausführungen darüber, sowie über die Kaiserideee, ist es nicht unmöglich, daß dieses Vorgehen dem Ministerium zuwider geworden ist. Eine beachtenswerte Tatsache ist es jedenfalls, daß in letzter Zeit mehrere Minister in rascher Folge vom Prinzregenten zum Vortrag befohlen wurden und wiederholt ein Ministerrat des Gesamtministeriums stattfand. An dem letzten am Montag mittag nahm auch der Kultusminister v. Podewils teil, trotz seines leidenden Zustandes, der ihn seit Montag abend an das Bett fesselt. Podewils gehört zu den vom Zentrum gewünschten Ministerkandidaten für die führende Stelle, also für das Ministerium des Aeußern, und somit für das Präsidium. Der Prinzregent machte ihm gestern vormittag einen längeren Besuch.

* Ueber den Rücktritt des Oberpräsidenten v. Bitter ist die „Posener Ztg." noch ganz fassungslos, und dieser Schmerz äußert sich immer noch in hilflosem Gestammel. Neuerdings beschäftigt sich das Blatt mit der Nachfolge des Oberpräsidenten; wer es sein wird, das weiß es nicht. Aber es wünscht:

Schickt uns jetzt in diesem unglücklichsten Augenblick der Verabschiedung — das ist das bürgerlich ehrliche Wort — die Regierung einen neuen Oberpräsidenten, so muß sie ihm auch eine vorgeschriebene Marschroute und gleichfalls ein bestimmtes, allgemeinbekanntes Wahlprogramm mit auf den Weg geben. Dieses Wahlprogramm muß ihm und uns sagen, wie er sich zu dem Bund der Landwirte zu stellen hat, d. h. es muß ihm sagen, klipp und klar sagen, daß die Regierung im Osten das Programm des Bundes desavouiert, ferner muß es ihm sagen: Paß' diesmal auf, daß deine Landräte sich so passiv als möglich verhalten — auch sie hat ihm sub rosa noch vieles anzudeuten. Wir fürchten leider, daß sie ihm, dem Neuling, dem homini novo, das alles nicht sagt und sich ruhig weiter treiben läßt, wie sie bisher getrieben wird . . .

Das glauben wir auch. Schließlich wünscht das Blatt noch einen bürgerlichen Oberpräsidenten, oder, wenn das unmöglich ist, so soll er doch antiagrarisch und ohne Arr und Halm sein. Wir werden sehen!

* Das Entlassungsgesuch des Oberpräsidenten v. Bitter soll den „Pos. N. N." zufolge bereits genehmigt und schon vorgestern die Uebergabe der Geschäfte an den Oberpräsidialrat Thon erfolgt sein.

Volkswirtschaftliches.

* Die „Hamburg-Amerika-Linie" hat für gemeinsame Rechnung mit der Firma Knuth & Albers in Hamburg, wie die „Hamburger Nachrichten" mitteilen können, eine Küstenlinie errichtet, welche von Hongkong, Shanghai über Korea (Hafen Chemulpo) nach Port Arthur und zurück über Niutschwang nach Canton geleitet wird.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstages lehnte mit 15 gegen 12 Stimmen gemäß dem Antrag Roeren die im Etat vorgesehene Gehaltserhöhung der Oberstleutnants der Infanterie ab. Dagegen stimmten das Zentrum, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten.

Wahlbewegung.

* Für Naumburg-Weißenfels-Zeitz wollen die Antisemiten nach der „Magdeb. Ztg." den Abg. Liebermann von Sonnenberg als Kandidaten aufstellen.

* In Sangerhausen-Eckartsberga hat die Kreisversammlung des Bundes der Landwirte beschlossen, den freikonservativen Abg. Scherre aufzufordern, sich der Fraktion der Freikonservativen nicht wieder anzuschließen. Herr v. Wangenheim hatte in jener Bundesversammlung den Antrag gestellt, an Herrn Scherre „die bescheidene Forderung" zu stellen, daß er überhaupt aus der freikonservativen Partei ausscheide. Zum Vorwurf wurde dem Abg. Scherre gemacht, daß er für den Antrag Kardorff gestimmt habe, den die Anhänger des Bundes der Landwirte als ein nationales Uebel betrachten müßten. Die „Sangerh. Ztg." versichert, daß Abg. Scherre auf die vom Bund gestellten Forderungen keinesfalls eingehen werde.

* In Jena haben die Nationalsozialen den Bodenreformer Damaschke als Kandidaten aufgestellt.

* Für Weimar ist nach dem „Fränk. Kur." von den rechtsstehenden Nationalliberalen der Bürgermeister Ziehn aus Niederzimmern als Kandidat ausersehen.

Heer und Flotte.

* Major v. Krosigk von den 10. Husaren in Stendal ist mit der Führung des 12. Husaren-Regiments in Torgau beauftragt, dessen bisheriger Kommandeur Oberst v. Seydewitz zur Disposition gestellt ist.

* Wie eine Extraausgabe des „Militär-Wochenbl." u. a. meldet, ist Baron v. Collas, General der Infanterie und Gouverneur von Mainz, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition und gleichzeitig à la suite des Leibgrenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenb.) Nr. 8 gestellt und Freiherr v. Schele, Generalleutnant und Kommandeur der 16. Division, zum Gouverneur von Mainz ernannt. v. Trotha, Generalmajor und Kommandeur der 16. Infanterie-Brigade, ist mit der Führung der 16. Division beauftragt worden.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

261. Sitzung vom 18. Februar. 1 Uhr.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky u. a.

Die zweite Beratung der Etats des Reichsamts des Innern wird beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs" fortgesetzt.

Abg. Dr. Crüger (freis. Vp., schwer verständlich) kommt nochmals auf den Ausschluß der Genossenschaften auf dem Kreuznacher Genossenschaftstag zurück und wirft den sozialdemokratischen Genossenschaftstag zurück und wirft den sozialdemokratischen Abgeordneten vor, daß sie ihm das Wort im Munde herumgedreht hätten. Der Ausschluß sei nur aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt und nicht weil diese Genossenschaften der Sozialdemokratie angehörten. Er habe auch keineswegs wie Herr Wolkenhuhr behauptet hätte, die gänzliche Aufhebung der Gastwirtsverordnung gefordert, sondern nur verlangt, daß die Form, in der sie bestände, geändert würde.

Abg. Schwarze (Zentr.) befürwortet die baldige Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe.

Abg. Stöcker (d. k. Fr.): Der Abg. Zubeil hat gestern über die Berliner Kurrende Angaben gemacht, die ganz und gar falsch sind. Die Arbeitszeit ist auch nicht entfernt so lange, wie Herr Zubeil sagte, nur Weihnachten und Neujahr dauert es etwas länger, dann geht die Kurrende zu armen Leuten in den Vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030219019/fragment/page=0001

städten und singt ihnen etwas vor, damit diese armen Leute auch einen Eindruck von Weihnachten haben. In Kneipen mit Damenbedienung ist die Kurrende nur ein einziges Mal und das nur aus Irrtum gewesen, und für die Zukunft ist das denn auch verboten worden. Und diesen einen Vorgang benutzen die Sozialdemokraten so auf! Herr Zubeil beriet sich auch auf das Kaiserwort: Christlich-sozial ist Unsinn. Weiß er denn, ob dieses Wort authentisch ist. Seit wann legen denn die Sozialdemokraten so großen Wert auf die Worte des Kaisers? Daß der christlich-soziale Gedanke den Sozialdemokraten unbequem ist, glaube ich schon. Herr Albrecht sprach auch von Wissen und Glauben, er meinte, wenn man alles wisse, brauchte man nichts mehr zu glauben. Aber so stehen Glaube und Wissen doch nicht zu einander, Glaube und Wissen sind doch keine Wurstsorten, sodaß man sagen kann: Wenn ich so und soviel Notwurst gegessen habe, brauche ich keine Blutwurst mehr zu essen. (Heiterkeit.) Ferner meinte Herr Albrecht, Herr Stöcker nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Wenn jemand außerhalb des Hauses so redete, würde ich sagen: So reden dumme Jungen. (Heiterkeit.) Denken Sie doch, was ein Schweizer Bebel vorgeworfen hat, und kümmern Sie sich um Bebels Meineid und nicht um meine Wahrheitsliebe. (Große Unruhe bei den Soz. Abg. **Ledebour** ruft: Er hat Bebel Meineid vorgeworfen!)

Abg. **Reißhaus** (Soz.): Bei Herrn Stöcker wäre etwas weniger Selbstüberhebung sehr wohl am Platze. Denken Sie nur an den Fall Ewald! Es ist gerichtsnotorisch, daß Herr Stöcker vor Gericht einen falschen Eid geleistet hat. Ich begreife nicht, daß er noch die Stirn hat, überhaupt hier aufzutreten. Für wahre Religion und wahre Vielgottheit habe gerade ein Sozialdemokrat das allergrößte Verständnis (Lachen rechts), wir haben nur kein Verständnis für religiöse Heuchelei, wie sie mit der Kurrende getrieben wird. Redner polemisiert sodann gegen das Zentrum und den Abg. Frhrn. v. Heyl. Dann geht Redner auf sein eigentliches Thema, die Gewerbeinspektion in Sachsen-Meiningen, über. Er wünscht eine etwas schärfere Kontrolle und etwas mehr Strenge gegenüber Uebertretungen der Vorschriften. Er bedauert, daß seine Freunde jedes Jahr hier dieselben Dinge zur Sprache bringen müßten: aber sie seien unschuldig daran. Wenn die Behörden mit derselben Energie, mit der sie gegen die unteren Volksschichten vorgehen, gegen die Unternehmer vorgehen, und für Einhaltung der Vorschriften sorgen würden, so würden diese Debatten bald von selbst aufhören.

Abg. **Stöcker** (b. k. Fr.): Ich hatte geglaubt, daß der sozialdemokratische Redner die Behauptung über die Ausbeutung der Kurrende zurücknehmen werde. Es ist nicht geschehen. Herr Reißhaus hat wieder auf die Fälle Witte und Ewald angespielt. Mir hat noch kein anständiger Mensch nachgesagt, daß ich bewußt die Unwahrheit gesagt habe (Lachen b. d. Soz.), nur schlechte Subjekte haben das getan. (Lachen b. d. Soz.) Was haben Sie für einen Grund, sich mit mir zu beschäftigen? Kümmern Sie sich doch um Ihre eigenen Sachen! In Schweizer Zeitungen wird Herrn Bebel ganz offen ein Meineid zur Last gelegt. (Großer Lärm. Zurufe der Soz. Abg. Singer (Soz.) ruft: Von einem Normann-Schumann!), sehen Sie doch zu, daß Herrn Bebels Meineid endlich klar gelegt wird. (Abg. Singer: Beschuldigungen eines Spitzels!) Herr Singer, so viel ist er noch immer wert, wie Sie! (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Rufe: Unverschämter Ploffe! Lügner!) Vizepräsident Graf **zu Stolberg** ersucht wiederholt, den Redner nicht zu unterbrechen, was gleichwohl immer wieder geschieht.

Abg. **Stöcker** (fortfahrend): Kümmern Sie sich doch um diese Sache! Ich habe den Mut gehabt, wegen des Falles Ewald in Königsberg zu klagen. Lassen Sie Herrn Bebel den Mut haben, gleichfalls zu klagen! (Abg. Singer: Der Prozeß schwebt ja schon! Na also! Andere Zurufe: Oeffentliche Gemeinheit.) Ja, ich habe mit der öffentlichen Gemeinheit genau so lange zu tun, als ich in das Wespennest der Judenschaft hineingegriffen habe. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) keine Arbeiter sind. Fabrikanten, aber nicht Arbeiter. Zigarrenfabrikanten sind keine Zigarrenarbeiter, wenn Sie auch sagen, daß Sie selbst arbeiten. Und was tun Sie denn hier? Hier machen Sie doch keine Zigarren. (Heiterkeit.) Hier reden Sie doch nur, hier arbeiten Sie doch nicht! Also sind Sie gar nichts! (Andauerndes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Wurm** (Soz.): Herr Stöcker hat von einem Meineide Bebels gesprochen, obwohl er weiß, daß die Beschuldigung von einem notorischen Lumpen und Schuft, von einem nichtswürdigen Spitzel herrührt, der bald nach rechts, bald nach links schielt, bald gegen die Sozialdemokraten, bald gegen den Kaiser hetzt. Allerdings steht dieser Ehrenmann Herrn Stöcker sehr nahe, weil er mit ihm und Waldersee zusammen den Scheiterhaufenbrief verfaßt hat. (Hört! Hört!) Herr Stöcker meinte, die öffentliche Gemeinheit sei genau seit der Zeit gegen ihn, als er in das jüdische Wespennest gegriffen. O nein, der Vorgang ist ein ganz anderer, er ist der, daß Herr Stöcker, als er Schiffbruch gelitten, sich ein neues Reliefe geben wollte und an gewissen Stellen dadurch einzuschmeicheln hoffte, daß er gegen die Juden hetzte. (Sehr wahr! links.) Was die Beschuldigung Bebels betrifft, so habe ich zu erwidern, daß der Prozeß ja schwebt. Es wird sich schon herausstellen, daß der Stöckersche Anwurf gegen Bebel genau so viel wert ist, wie alles, was er gegen uns vorzubringen pflegt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe keine Lust, mich noch weiter mit der Vergangenheit des Herrn Stöcker zu beschäftigen. Redner polemisiert sodann gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Crüger über den Ausschluß der Konsumgenossenschaften in Kreuznach. Eine Anzahl bürgerlicher Blätter hat über diesen Gewaltstreich genau so geurteilt wie wir. Die Entschuldigungen Dr. Crügers waren nichts als Sand in die Augen der kleinen Leute. Jeder Konsumverein wirkt nach derselben Richtung zur Konzentration der Distribution, mag er von Sozialdemokraten, von Offizieren, von Wertheim oder von Krupp geleitet sein. Der Beschluß in Kreuznach war tatsächlich nur gegen die sozialdemokratische Anschauung der Mitglieder jener Vereine gerichtet, mag Herr Dr. Crüger sich jetzt drehen und wenden, wie er will.

Abg. Dr. **Herzfeld** (Soz.) beschäftigt sich mit der Seemannsordnung. Die Bestimmungen der Seemannsordnung würden leider vielfach umgangen. So seien jetzt von vielen Reedereigesellschaften, so von den Bremer Gesellschaften „Hansa" und „Neptun", Heuer-Verträge abgeschlossen, die im direkten Widerspruch mit der Seemannsordnung ständen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erwidert, die Bestimmungen der Seemannsordnung dürften nach dem Gesetz nur soweit durch private Vereinbarungen abgeändert werden, als es in der Seemannsordnung selbst festgesetzt sei. So wird es nach dem 1. April geltendes Recht sein. Es ist daher eine interessante Frage, ob die Schutzbestimmungen der Seemannsordnung auch rückwirkende Kraft haben auf Verträge, die vor dem 1. April abgeschlossen sind. Vom juristischen Standpunkt aus scheint die Frage kreuzig, vom sozialpolitischen Standpunkte aus möchte ich sie jedoch bejahen. Redner geht weiter auf eine Anzahl von den Sozialdemokraten erwähnte Einzelfälle ein und verspricht, in jedem Falle eine eingehende amtliche Untersuchung veranstalten zu lassen.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Herr Stöcker hat sich nicht gescheut, meinem Kollegen Bebel einen Meineid vorzuwerfen.

Vizepräsident Graf **Stolberg**: Ich habe nicht gehört, daß Herr Stöcker das getan hat, er hat nur gesagt, in schweizer Blättern hätte man Bebel einen Meineid vorgeworfen.

Abg. **Ledebour** (fortfahrend): In seiner ersten Rede, als Graf Ballestrem das Präsidium führte, hat Herr Stöcker ausdrücklich gesagt: Beschäftigen Sie sich mit dem Meineid Bebels.

Vizepräsident Graf **Stolberg**: In seiner zweiten Rede hat Herr Stöcker seine Worte aber so eingeschränkt, daß er sich nur auf schweizer Blätter berufen hat. Den direkten Vorwurf des Meineids würden weder Graf Ballestrem noch ich geduldet haben.

Abg. **Ledebour** (fortfahrend): Ich bitte, die Worte Stöckers im Stenogramm nachzulesen.

Abg. **Lenzmann** (fr. Vp.): Herr Stöcker ist politisch ein toter Mann. Auch ich habe vor Gericht die Wahrheitsliebe und die christliche Nächstenliebe Stöckers kennen gelernt. Ich will jedoch heute nicht darauf eingehen, geschenkt bleibt es Herrn Stöcker jedoch nicht, solche Leute wie er können einem das Christentum verekeln. Bezüglich der Seemannsordnung geht meine Ansicht als Jurist dahin, daß Bestimmungen von Verträgen, die der Seemannsordnung zuwiderlaufen, mit dem 1. April d. J. aufhören gültig zu sein.

Das Haus hat sich inzwischen ziemlich gelüftet.

Abg. **Stöcker**: Ich kenne den Herrn Schumann-Naumann oder Normann nicht — ich weiß nicht einmal seinen Namen! (Heiterkeit.) Ich wiederhole: Mich haben nur Lumpe als meineidig bezeichnet, nur Lumpe. (Lachen.) Ein Staatsanwalt hat sogar erklärt, daß man hier überhaupt nicht von Meineid reden könnte. Ich bleibe deshalb bei meiner Behauptung, die auch von sozialdemokratischen Blättern gesagt ist, daß es unter den Sozialdemokraten Salon-Proletarier gibt.

Abg. **Singer** (Soz.): Es ist kein Zweifel, daß Herr Stöcker den Abg. Bebel des Meineids bezichtigt hat.

Vizepräsident **Büsing**: Das hat Herr Stöcker nicht getan. Ich habe das amtliche Stenogramm hier; darin heißt es, nachdem vorher davon die Rede war, daß Schweizer Blätter Herrn Bebel einen Meineid vorgeworfen hätten, wörtlich: „Sehen Sie zu, daß Bebels Meineid klargestellt wird, und lassen Sie mich in Ruhe." — Nach meiner Auffassung kann auch hierin ein direkter Vorwurf nicht gefunden werden, sondern nur eine Berufung auf Schweizer Zeitungen. (Zustimmung rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Singer** (fortfahrend): Wer in diesem Hause auch nur bedingt von einem Meineid eines Mannes wie Bebel sprechen kann, eines Mannes, der seit einem Menschenalter im öffentlichen Leben steht und sich auch der Achtung der Gegner erfreut, der hat keinen Begriff davon, was ein anständiger Mensch bedeutet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident **Büsing** teilt mit, daß er vorhin versehentlich eine Stelle aus der zweiten Rede Stöckers verlesen habe. Er verliest nunmehr den bezüglichen Passus der ersten Rede, der ähnlich lautet und nach der Ansicht des Vizepräsidenten Büsing auch nicht einen Vorwurf des Meineids in sich schließt.

Abg. **Singer** (fortfahrend): Jedenfalls dürfte ein Individuum, wie Normann-Schumann, nicht als Gewährsmann angeführt werden.

Abg. **Stöcker**: Ich bin gern bereit, zu erklären, daß ich Herrn Bebel nicht eines Meineids für fähig halte, wenn Herr Singer erklärt, daß er mich auch nicht eines Meineids für fähig hält. (Schallende Heiterkeit auch bei einigen Mitgliedern der Rechten.)

Abg. **Lenzmann** beginnt hierauf unter lebhaften Protestrufen der Rechten die Einzelheiten des Prozesses Witte zu schildern und betont besonders, daß Herr Stöcker damals die Unwahrheit gesagt habe.

Abg. **Stöcker** erwidert, nicht er habe Herrn Witte verklagt, sondern Herr Witte ihn. (Abg. **Lenzmann** ruft: Ja, Sie sind ja auch zu 220 Mark verurteilt worden. Große Heiterkeit.) Er bleibe dabei, daß Herr Lenzmann in dem Prozeß illoyal gegen ihn vorgegangen sei.

Vizepräsident **Büsing**: Ich bitte nicht zu vergessen, daß wir jetzt über sozialpolitische Dinge reden. (Große Heiterkeit.) Ich gebe das Wort Herrn Lenzmann, bitte ihn aber, sich an das Thema zu halten.

Abg. **Lenzmann** hält in längerer Darstellung seine Behauptungen und seinen Vorwurf der Unwahrheit aufrecht.

Hierauf schließt die Diskussion über die Sozialpolitik.

Die Abstimmung über die Resolutionen wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Die Debatte über das „Gehalt des Staatssekretärs" geht weiter und wendet sich nunmehr allgemeinen anderen Fragen zu.

Abg. **Beckh** (fr. Vp.) tritt für einen größeren Vogelschutz ein und hofft, daß der Staatssekretär diese wichtige Frage wirksamer als bisher fördern werde.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fri. Vgg.) wünscht eine einheitliche Fahrordnung für Automobile und Fahrräder. Bis jetzt gebe es 30 verschiedene Fahrordnungen in Deutschland.

Abg **Stockmann** (Rp.) bemängelt die Ausführung des Fleischschau-Gesetzes. Jetzt sollte es verboten sein, von Hausschlachtungen etwas zu verkaufen. Das habe in seinem Wahlkreis große Beunruhigung erweckt, da jeder Tagelöhner dort ein Schwein schlachte und ein Stück davon verkaufe. Die Schlachtungen der Tagelöhner dürften daher nicht unter das Gesetz fallen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** bemerkt, daß die Ratifizierung der Vogelschutz-Konvention in Bälde erfolgen werde. Ein Vogelschutz-Gesetz sei bereits ausgearbeitet und liege dem landwirtschaftlichen Ministerium vor. Eine Fahrordnung für Kraftfahrzeuge sei Sache der Polizei, doch sollten einheitliche Vorschriften erlassen werden. Sie seien bereits ausgearbeitet und lägen den beteiligten Ressorts vor. Im Fleischschaugesetz sei ausdrücklich gesagt, daß gelegentliche Verkäufe nicht als gewerbliche Verkäufe angesehen würden.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß gegen 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 18. Febr., vorm. 11 Uhr.

Am Ministertische: Möller u. a.

Die zweite Beratung des Etats des Handels und der Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben Titel „Gehalt des Ministers".

Abg. **Funck** (fr. Vp.): Der Minister hat im vorigen Jahre gesagt, daß der Entwurf eines revidierten Börsengesetzes seinem Ministerium vorgelegen habe, dann vom Staatsministerium genehmigt und darauf dem Bundesrate zugegangen sei. Hoffentlich kann der Minister mitteilen, wie es jetzt mit diesem Entwurfe steht. Eine Revision des Börsengesetzes ist dringend notwendig und muß so bald wie möglich erfolgen. Die Beseitigung des Termingeschäfts hat schon schädlich gewirkt und nur den ausländischen Börsen das deutsche Geschäft zugewandt. Der Differenzeinwand hat anerkanntermaßen gleichfalls sich nicht bewährt. Der kleine Bankierstand ist durch das Börsengesetz nahezu vernichtet. Redner weist weiter auf die Mißstände, die das Börsengesetz im Gefolge gehabt hat, hin und kritisiert die Erhöhung der Börsensteuer, die namentlich die Emissionen erschwere. Die ganze Börsengesetzgebung sei abirato gemacht. Was die Rede anbelange, die Minister Wedell in Hannover und Bremen gehalten habe, so seien dieselben ganz gerechtfertigt gewesen und hätten den Tadel nicht verdient, den bezeichnenterweise die Konservativen ihm gestern hätten zu teil werden lassen.

Minister **Moeller**: Die Börsenreform ist vorbereitet und der Reformentwurf hätte zweifellos eingebracht werden können. Aber ich frage Sie, wäre im Herbst, wo der Zolltarif im Reichstag eingebracht war, die Einbringung der Börsengesetznovelle am Platze gewesen? Und wäre eine solche Einbringung jetzt aussichtsvoll? Daß eine Reform des Börsengesetzes notwendig ist, erkenne ich für meine Person vollkommen an und wird auch fast allgemein anerkannt. Aber über die Ausdehnung der Reform herrschen verschiedene Ansichten. Das Börsensteuergesetz gehört natürlich nicht zu meinem Ressort. Jedoch kann ich hier sagen, daß die Hoffnungen, die man auf die Erhöhung der Börsensteuer gesetzt hatte, sich nicht verwirklicht haben und es würde meiner Ansicht nach im reichsfiskalischen Interesse wohl zu erwägen sein, ob nicht eine Herabsetzung des Börsentempels vorzunehmen sei.

Abg. **Felisch** (kons.) verbreitet sich über die Ausbildung der Lehrlinge und stellt wiederum die Forderung auf, daß nur solche Handwerker Lehrlinge ausbilden dürfen, die die Meisterprüfung gemacht haben. Redner verlangt sodann wieder die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe.

Minister **Möller** erwidert, eine mechanische Abgrenzung zwischen Handwerk und Handel und Industrie werde immer eine willkürliche sein. Man müsse sich mit allgemeinen Definitionen begnügen. Feststellen wolle er hier noch, daß er niemals die ihm in den Mund gelegte Aeußerung getan habe: „Das Handwerk ist dem Untergang geweiht." Er habe nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, worunter jetzt nach Einführung der Maschinen und Großbetriebe das Handwerk zu leiden habe. Betreffs Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe sei eine Rundfrage veranstaltet worden, die Gutachten seien jetzt sämtlich eingelaufen und das Staatsministerium werde sich mit dieser Sache demnächst beschäftigen.

Abg. **Reichardt** (nl.) macht gleichfalls auf die Notwendigkeit einer Reform des Börsengesetzes aufmerksam und bittet die Mahnung des Ministers an Handel und Industrie, für eine bessere Vertretung in den Parlamenten zu sorgen, nur billigen.

Abg. **Oeser** (Hosp. d. frs. Vp.): Ich halte es für höchst bedenklich, daß man jetzt jedes Konsumenteninteresse nicht mehr gelten lassen will, auch in den Fällen, wo der Konsument zugleich Produzent ist. Herr Vorster hat sich beklagt über die großen Lasten der Industrie, die aus der sozialen Gesetzgebung hervorgehen; dabei hat man übersehen, welche Vorteile die Industrie bereits aus der sozialen Gesetzgebung gezogen hat. Wir haben dadurch einen tüchtigen, leistungsfähigen Arbeiterstand erhalten und dadurch Erfolge auf dem Weltmarkt erzielen können; die Industrie hat in den letzten 20 Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht, weil das Arbeitermaterial so vorzüglich geworden ist. Niemand ist berechtigt, sich für einen besseren Freund des Mittelstandes auszugeben als wir. (Sehr richtig! links.) Der Vorredner hat sich für die Revision des Börsengesetzes ausgesprochen, obwohl er der nationalliberalen Fraktion angehört, die im Reichstage für das Börsengesetz gewesen ist. Man kann das Börsengesetz nicht von der Börsenbesteuerung trennen; beide zusammen haben den jetzigen Zustand geschaffen. Die Absicht, Unerfahrene vor Verlusten an der Börse zu behüten, hat vielfach gerade das Gegenteil erreicht. Das Verbot des Termingeschäfts hat das Geschäft ins Ausland gedrängt, was Redner zahlenmäßig darzulegen versucht. Ganz besonders zu bedauern ist die Unterdrückung des sog. Arbitragevertehrs. Im Reichstag hat niemand dieselbe gewollt: sie war einfach eine unerwünschte Wirkung der Börsengesetzgebung.

Abg. **Gamp** (freikons.): Ich kann nicht zugeben, daß der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands auf die sozialpolitische Gesetzgebung zurückzuführen ist. Kein Land der Welt hat einen solchen Aufschwung genommen, wie die Vereinigten Staaten, und dort ist von Sozialpolitik nicht die Rede. Auch wir wollen eine sozialpolitische Gesetzgebung, doch hat man sie stets mur maßvoll auszubauen. Auf der andern Seite muß man dann auch dafür sorgen, daß die Preise für unsere Produkte sich auf einer bestimmten Höhe halten und daß nicht dem Ausland Tür und Tor geöffnet wird. Mit dem Verbot des Termingeschäfts ist die Landwirtschaft sich wie vor zufrieden. Sie möchte es nicht missen. (Zustimmung rechts.) Ein wirtschaftliches Bedürfnis für das Verbot vermögen wir nicht anzuerkennen: es besteht ja nirgends sonst eine ähnliche Einrichtung. Der Rückgang der Börsensteuer ist gerade ein Beweis dafür, wie segensreich das Gesetz gewirkt hat: es hat die große Masse Durchsetzt, die den Termingeschäftsgeschäftsmann, von der Börse ferngehalten. Das der Arbitragezoll sich nicht halten ließ, bedauern wir auch; da war aber nichts zu machen. Redner ergeht sich hierauf in heftigen Angriffen gegen die Warenhäuser, denen er das solide Handwerk gegenüberstellt. Weshalb geschieht nichts für das Handwerk? Graf Posadowsky verweist auf den preußischen Handelsminister, Herr Möller auf das Reichsamt des Innern.

„Und da keiner wollte leiden,
Daß der andre für ihn zahle,
Zahlte keiner von den beiden!"

(Heiterkeit.) Für die Handwerker wirkt es demoralisierend, wenn sie sehen, daß für andere gesorgt wird und für sie nicht. Ich will nur auf zwei Punkte aufmerksam machen, die mir der Beachtung wert zu sein scheinen. Warum wird denn keine Handwerkerbank errichtet? Die zweite Frage ist die Arbeiterfrage. Wie bei der Landwirtschaft ist es auch beim Handwerk, wenn die jungen Leute ausgebildet sind, dann gehen die meisten in die Großstädte und wenden sich der Industrie zu. Es liegt mir aber fern, die Freizügigkeit irgendwie beschränken zu wollen. Wohl aber ist die Beseitigung des Schlafstellenunwesens nötig. Dann würden sich die jungen Leute nicht mehr so ausgiebig der Industrie in den großen Städten zuwenden, sondern in den kleineren Städten beim Handwerk bleiben. Ich kann nicht zugeben, daß die Kgl. Staatsregierung auf diesem Gebiete getan hat, was sie hätte tun können. Ich bitte dringend, für den Handwerkerstand nicht bloß ein wohlwollendes Herz zu haben, sondern auch mit Energie das zu erreichen zu suchen, was möglich ist. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Eynern** (nl.) bemerkt, daß die Nationalliberalen den Reichstags nicht für das Börsensteuergesetz gestimmt haben würden, wenn sie die verheerende Wirkung der Rechtsprechung auf Grund der neuen Gesetzgebung vorausgesehen hätten.

Abg. **Oeser** (Hosp. der frs. Vp). polemisiert gegen den Abg. Gamp. Man möge sich hüten, die Börsengeschäfte etwa mit Sportgeschäften auf gleiche Stufe zu stellen. Einer Ausbehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung auf die selbständigen Handwerker sei er nicht abgeneigt. Er betone aber ausdrücklich, daß er nur für seine Person spreche.

Abg. Dr. **Arendt** (fk.): Es wird allgemeine Uebereinstimmung vorhanden sein darüber, daß bei der Börsengesetzgebung auch einzelne Bestimmungen verbesserungsbedürftig sind, namentlich daß die Bestimmungen, welche dazu geführt haben, daß Verstöße gegen Treu und Glauben vorgekommen sind, Abänderungen erfahren. Das Verbot des Termingeschäftes hat sich durchaus bewährt. Die Börse ist ein unbedingt notwendiges Institut in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sie darf aber meiner Ansicht nach nicht sich selbst überlassen werden, sondern man muß sie gesetzlich regeln. Die Börse ist des Staats und der Volkswirtschaft wegen da. Was die Handwerkerfrage anlangt, so fragt es sich, ob hier die Selbsthilfe allein imstande ist, für die Besserung der Lage der Handwerker zu sorgen oder ob man nicht diese Selbsthilfe unterstützen muß. Der Minister schreibt vielleicht eine möglichst volkstümliche Darstellung über die Centralgenossenschaftskasse, damit sich die Handwerker daraus orientieren können. Die Staatsregierung muß alles vermeiden, was die Existenz der Handwerker noch mehr erschüttert. Man glaubt immer, daß wir auf der Rechten Gegner von Handelsverträgen sind. Wir sind nur Gegner von Handelsverträgen, welche die deutschen Interessen preisgeben. (Zuruf links: Wir auch!) Ich bedauere, daß Sie dieser Auffassung nicht waren, als Sie die Caprivi'schen Handelsverträge abschlossen. (Widerspruch links.) Wir wünschen Handelsverträge, die den Bestimmungen des neuen Zolltarifs entsprechen. Auch die Industrie und der Handel hat ein großes Interesse daran, daß der jetzige Uebergangszustand recht schnell ein Ende nimmt, bei dem jeden Tag die Handelsverträge vom Auslande oder von uns gekündigt werden können. (Beifall rechts.)

Abg. **Ernst** (frs. Vgg.) spricht über die Baugewerkschulen. Auch er hält es für notwendig, daß die Lehrer an solchen Schulen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030219019/fragment/page=0002

aus der Praxis hervorgegangen sind. Er kommt dann auf das Fortbildungsschulwesen in Posen zu sprechen. Jede Fortbildungsschule ist für das Deutschtum in der Provinz Posen wichtiger, als eine angekaufte Domäne. Wenn wir einen Teil der 100 Millionen für die Fortbildungsschulen bekommen könnten, würden wir sehr viel weiter kommen in Posen. Es ist wünschenswert, daß für die Lehrer und Fortbildungsschulen größere Summen in den Etat eingestellt werden. Erwünscht die Einrichtung einer Centralstelle in Berlin eines Seminars für Kunst-, Gewerbe- und Fortbildungsschulen, obwohl hierfür im Ministerium nicht allzuviel Neigung vorhanden zu sein scheint.

Präsident v. Kröcher ruft eine Anzahl von Abgeordneten zum Wort; unter wachsender Heiterkeit des Hauses wird festgestellt, daß sie nicht anwesend sind.

Schließlich wird der Titel „Gehalt des Ministers" bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels und ohne Debatte eine Reihe weiterer Kapitel.

Beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke" spricht Abg. Leinigkeit (nl.) dem Minister seine Genugtuung darüber aus, daß für die „Zuschüsse zur Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen" in diesem Etat eine größere Summe eingestellt ist. Zu wünschen wäre es, daß die Fortbildungsschulen durch Landesgesetz für die ganze Monarchie obligatorisch gemacht werden. Die Erfolge der obligatorischen Schule seien weit größer als die der fakultativen.

Abg. Metzner (nl.) weist darauf hin, daß die Einrichtung der obligatorischen Fortbildungsschulen in den meisten Fällen nicht am Lehrermangel scheitere. Er habe gefunden, daß stets Lehrer, auch Männer der Praxis, die die Bedürfnisse des Handwerks kennen, in genügender Zahl vorhanden seien. Für durchaus notwendig halte er die obligatorische Fortbildungsschule von Staats wegen.

Minister Möller: Ich glaube nicht, daß die Regierung in nächster Zeit von ihrer bisherigen Stellung zu den Fortbildungsschulen wird abweichen können. Die Mittel, die erforderlich wären, um die Fortbildungsschulen für den ganzen Staat obligatorisch einzuführen, wären zu groß, die Finanzlage wird auf lange Zeit hinaus nicht erlauben, solche Mittel flüssig zu machen. Ich glaube aber, daß der bisherige Zustand mancherlei Vorzüge hat. Die Meinungen über die Fortbildungsschulen haben ja sehr geschwankt, man glaubte lange Zeit, die fakultative Schule sei besser als die obligatorische, aber man hat sich doch überzeugt, daß das Gegenteil richtig ist. Das einzig Richtige sind die obligatorischen Fortbildungsschulen, aber nur unter der Bedingung, daß die nächst Beteiligten, die Gemeinden, einen erheblichen Teil der Kosten tragen. Ich hoffe, es wird uns gelingen, in Zukunft weitere Mittel flüssig zu machen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Rest des Etats des Handelsministeriums; Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung). Schluß 4¼ Uhr.

Ausland.

Zur macedonischen Bewegung.

Die deutsche Regierung hat nach Prüfung des zwischen den Kabinetten von St. Petersburg und Wien vereinbarten Reformprogramms für Mazedonien den Botschafter in Konstantinopel angewiesen, die Annahme und die Durchführung dieses Programms bei der türkischen Regierung zu unterstützen.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Trauerfall am Wiener Hofe wird berichtet, daß Königin Christine von Spanien, die Tochter der Erzherzogin Elisabeth, in der Dienstag-Nacht, als der Sarg mit der Leiche ihrer Mutter aus dem Palais getragen wurde, in eine tiefe Ohnmacht fiel. Ihr Bruder, Erzherzog Eugen, fing sie in seinen Armen auf und trug sie ins Schlafzimmer, wo sie erst nach einiger Zeit zu sich kam.

Rußland.

Das Finanzministerium hat die projektierte Ermäßigung der Zuckeraccise aufgegeben, dagegen wird eine Erhöhung des freien minimalen Kontingents jeder Fabrik von 60,000 auf 80,000 Pud und die Abschaffung der Verpflichtung geplant, den Ueberschuß über das für den inneren Markt festgesetzte Quantum zu exportieren. Auch noch einige andere Erleichterungen sind beabsichtigt. Das neue Gesetz ist bereits im Reichsrat.

Marokko.

70 Kilometer von Fez findet gegenwärtig die Entscheidungsschlacht zwischen den Regierungstruppen und den Streitkräften des Prätendenten statt. In Tanger sind immer noch, trotzdem der Kampf bereits vor vier Tagen begann, keine Nachrichten über den Ausgang eingetroffen.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

— Prof. Rehm in München nahm nach der „Augsb. Abendztg." den Ruf nach Straßburg als Nachfolger von Otto Mayer an.

Wissenschaft. Kunst. Literatur.

O. K. Das Denkmal Viktor Emanuels II. in Rom wird, so schreibt „Leisure Hour.", das größte und imposanteste in der Geschichte des jungen Königreichs Italien und zugleich ein Sinnbild des dritten Rom sein. Als „der Vater seines Landes" starb, wurden in wenigen Tagen durch private Zeichnungen 1,600,000 M. aufgebracht, und das Parlament bewilligte 6,400,000 M., um dem „Re galantuomo" ein dauerndes und würdiges Denkmal zu errichten, aber diese Gelder fand man bald für die grandiose Aufgabe nicht ausreichend; jetzt werden die Kosten des Denkmals, wenn es vollendet ist, auf 24,000,000 M. geschätzt. Der Plan zeigt ein Mittelgebäude, das eine Bibliothek und ein Museum enthalten soll, eine großartige Säulenhalle, zu der Stufen hinaufführen, und davor ein Reiterstandbild Viktor Emanuels II. Alle Künste werden zu der Ausschmückung beitragen. Prächtige Mosaiken an der Decke der Säulenhalle stellen den großen Kampf um die Freiheit und Einheit dar; die Bronze- und Silbertüren sind im Hauptrelief, zwei Haine von Bäumen werden wie die „luci sacri" der alten römischen Tempel das Gebäude flankieren; blaßviolettes elektrisches Licht wird von der Säulenhalle herabströmen und einen Gegensatz zu dem hellen Licht auf den beiden Türmen bilden, die auf der neuen Piazza unterhalb des Denkmals errichtet werden sollen; dazu kommen die Skulpturen, Holzschnitzereien usw. Das ganze soll so hoch stehen, daß es die umgebenden Gebäude beherrscht.

— Die Pflanze in ihrer dekorativen Verwertung heißt eine eigenartige, interessante Ausstellung im Leipziger Kunstgewerbe-Museum, die bis Anfang April dauern wird. Eine große Anzahl von Künstlern und 15 öffentliche Lehranstalten sind an der Veranstaltung beteiligt, die einen klaren und umfassenden Einblick in die verschiedenen Arten des künstlerischen Pflanzenstudiums und vor allem des Pflanzenstilisierens gewährt. Diese Veranstaltung des Leipziger Kunstgewerbemuseums hat in Deutschland noch keine Vorgängerin gehabt, ihre Bedeutung für mannigfache Fragen des Kunstunterrichts an Akademien und gewerblichen Schulen ist unleugbar und ihre Wirkung auf weite Kreise lehrreich. Der Katalog wird auf Wunsch kostenlos übersandt. Wie verlautet, ist die Herausgabe einer die wichtigsten Resultate der Ausstellung zusammenfassenden Publikation geplant.

Provinzialnachrichten.

-e. Petersberg, 17. Febr. [Verunglückt.] Ein schwerer Unfall trug sich in dem benachbarten anhaltischen Dorfe Merzien zu, indem der 82jährige Zimmermann W. daselbst, der gegen Abend aus dem Gasthofe nach seiner Wohnung zurückgehen wollte, von einem Kutschfuhrwerke angestoßen, zur Erde geworfen und überfahren wurde, infolgedessen der alte Mann ziemlich schwere Verletzungen davontrug.

* Kalbe, 18. Febr. [Ein Bismarckturm] soll auf der höchsten Erhebung des Wartebergs errichtet und am 1. April 1904 eingeweiht werden. So hat vorgestern eine Versammlung im hiesigen Kreishaus beschlossen. Der Turm soll aus Bruchsteinen erbaut werden und eine Höhe von 30 m erhalten. Die Baukosten sind auf 30,000 M. veranschlagt. Bis jetzt ist ein Grundfonds von 13,000 M. vorhanden.

* Magdeburg, 18. Febr. [Denkmälerkommission. — Billige Harzfahrkarten.] Heute mittag fand im Stadtverordnetensitzungssaale die 11. Sitzung der Provinzialdenkmälerkommission unter Vorsitz des Grafen v. Wartensleben-Rogäsen statt. Es wohnten den Verhandlungen bei Fürst zu Stolberg-Wernigerode, Oberpräsident v. Bötticher, Oberbürgermeister Schneider, Landeshauptmann Bartels usw. — Auf die Eingabe des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung wegen Wiedereinführung der billigen Harzsonderzüge ist, nach der „Magdb. Ztg.", vom Minister Budde ein abschlägiger Bescheid eingegangen.

* Schönebeck, 18. Febr. [Arbeiter-Erholungshaus. — Entdeckt.] Im Bad Elmen hat die Firma Krupp den Rosenhagenschen Garten für 8000 M. angekauft, um ein Arbeiter-Erholungshaus daselbst zu erbauen. — Den aus dem Gnadauer Pensionat gestohlenen Speck und Schinken fand man gestern abend 11 Uhr gelegentlich einer Hausfuchung bei einem im benachbarten Felgeleben wohnenden Einwohner, während dieser nicht zu Hause war. Die scharf ins Verhör genommene Frau gab die Hälfte des gestohlenen Gutes heraus, behauptete aber, von dem Ursprung desselben nichts zu wissen; die andere Hälfte soll sich bei einem hiesigen Einwohner befinden.

b. Mühlberg (Elbe), 18. Febr. [In Grund gegangen. — Fortbildungsschule.] Infolge Zusammenstoßes mit einem bergwärts fahrenden Schleppdampfer havarierte oberhalb des Görischgutes, an der sogenannten rauhen Furt, ein großes mit Kohlen vollbeladenes Frachtschiff. Das Fahrzeug wurde so stark beschädigt, daß es in kurzer Zeit vollständig in Grund ging; die Schiffsmannschaften konnten nur das nackte Leben retten. Ein Schiffer stürzte in die Elbe und wäre beinahe ertrunken. Ladung und Fahrzeug sind verloren. — Zu Ostern d. J. wird in hiesiger Stadt eine obligatorische gewerbliche Fortbildungsschule ins Leben treten.

* Erfurt, 17. Febr. [Der 20. Unterverbandstag selbständiger Maler] der Provinz Sachsen, der Herzogtümer Anhalt, Braunschweig und der thüringischen Staaten wurde am Sonntag durch die feierliche Eröffnung der großen Fachausstellung in der Neuerbeturnhalle unter großer Anteilnahme der Verbandsteilnehmer und der Erfurter Bürgerschaft von Oberbürgermeister Dr. Schmidt mit einer Willkommenansprache eingeleitet. Der Vorsitzende des Lokalkomitees, Malermeister Schneider, begrüßte die Anwesenden im Namen der Erfurter Kollegen, worauf der Unterverbandsvorsitzende Lilge-Magdeburg den warmen Empfang, der dem Verbande in Erfurt bereitet sei, namens der Delegierten herzlich erwiderte. Die Beratungen, die im Saale des alten Ratskellers stattfanden, wurden vom Verbandsvorsitzenden Lilge-Magdeburg nachmittags 1½ Uhr eröffnet und dehnten sich bis gegen 5 Uhr aus. Anwesend waren 225 Delegierte, die 12 Innungen und eine Reihe von Vereinen vertreten. Die Jahresberichte der einzelnen Innungen und Vereine wurden zunächst vorgetragen. Der Unterverbandstag zählt hiernach bei steigender Ausdehnung 520 Mitglieder in 13 Innungen und zahlreiche Einzelmitglieder. Die Kassenabrechnung schließt mit 1090 M. Einnahmen, 715 M. Ausgaben und 384,67 M. Ueberschuß ab. Für die ständige Begutachtungskommission wurden Küchel-Dessau und Ulrich-Salzwedel gewählt. Für die Frage der Erhöhung der Beiträge der Sterbekasse des Deutschen Malerverbandes, die etwas über 500 Mitglieder zählt, faßte der Verbandstag gemäß dem Antrage des Malervereins St. Lukas-Dessau den Beschluß: Die auf den Verbandstag zu Erfurt anwesenden Kollegen stellen den Antrag, den Beitrag der Sterbekasse des Deutschen Malerverbandes auf 1 M., anstatt 25 Pf., zu erhöhen und einen Minimalsatz einzuführen, der noch eingehender Beratung bedarf. Die neue einheitliche Werkstattordnung, die im Entwurf von der Innung Magdeburg ausgearbeitet und vorgelegt ist, fand in der Versammlung lebhaftes Interesse und einstimmige Annahme. Ein gemeinsames Mahl und Festball im Saale des Ratskellers reihte sich den Verhandlungen an.

K. Erfurt, 18. Febr. [Widmung.] Am 1. April wird die hier ins Leben gerufene Baugewerkschule in einem stattlichen Gebäude eröffnet werden. Die Maurermeister- und Zimmermeister-Innung hat neuerdings beschlossen, die Aula der Schule durch ein wertvolles Bild zu schmücken.

---

y. Weida, 18. Febr. [Bei der Bürgermeisterwahl] wurden 588 Stimmen abgegeben. 333 St. fielen auf Bürgermeister-Stellvertreter Seiferth, 171 auf Bürgermeister Schilling, 68 auf Amtsvorsteher Hackemesser und 11 auf Verwaltungs-Sekretär Schubert. Herr Seiferth ist somit als Bürgermeister gewählt.

y. Greiz, 18. Febr. [Verschiedenes.] In Zeulenroda hat sich ein Schwindler als Vertreter der hiesigen Vereinsbrauerei ausgegeben und Zechen gemacht, die er später nicht bezahlte. — Erfroren aufgefunden wurde auf Rodersdorfer Flur der 53jährige Seidel aus Oberpirk. — Der 76 Jahre alte Weber Hertel aus Wildenfels ist erhängt aufgefunden worden; erst wurde Selbstmord vermutet, jetzt glaubt man aber, daß ein Mord vorliegt. — Einen gehörigen Rausch hatte ein Knecht aus Siebenbrunn; man fand ihn am Montag früh im Wasser erstarrt.

* Zerbst, 18. Febr. [Versagte Bestätigung.] Die am 9. Dez. v. J. erfolgte Wahl des Fabrikanten Paul Fiedler zum zweiten Stadtrat hat die Bestätigung des Herzogs nicht gefunden. Da auch der vordem gewählte Lehrer Marschall nicht bestätigt worden war, erfolgt nunmehr nach § 103 der Gemeindeordnung die Ernennung eines Stadtrats durch den Landesherrn selbst, entweder sofort, oder aber nachdem die ganze Bürgerschaft zuvor nochmals zur Wahl zugelassen worden ist. Welcher Modus stattfinden soll, ist noch nicht bestimmt worden.

⊙ Leipzig, 18. Febr. [Die städtischen Arbeiter und die Sozialdemokratie.] Eine Versammlung der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter beschloß, sich der vom sozialdemokratischen Verein Gewerkschaftskartell geplanten Errichtung eines Arbeitersekretariats anzuschließen, jedoch darauf zu dringen, daß das Institut auch den keiner Organisation angehörenden Arbeitern zur Verfügung stehen soll. Verschiedene Redner klagten über das mangelnde Interesse der städtischen Arbeiter an der Centralorganisation. Von den rund 1700 städtischen Arbeitern in Leipzig gehören nur etwa 50 der Organisation an. Die Agitation soll daher intensiver betrieben werden. Auf der zu Ostern in Berlin stattfindenden Generalversammlung des Verbandes städtischer Arbeiter soll die Einführung fester Anstellung, resp. Verlängerung der Kündigungsfristen, Gewährung von Sommerurlaub unter Weiterzahlung des Gehaltes und Lohnes, die Einführung von Arbeiterausschüssen und Arbeitsordnungen, die Gewährung von Unterstützung an die Hinterbliebenen rc. zur Beratung gestellt werden.

Vermischtes.

Ein vollgetakeltes Schiff als Schulgebäude und 250 Knaben, die darin in der Welt herumsegeln und alles durch Anschauung erlernen, daß ist nach der „Köln. Ztg." die letzte „Neuheit" auf dem Gebiete der Erziehung in Amerika. Der Gedanke stammt von dem Kommandeur Harlow von der amerikanischen Marine, der sich bei Santiago auszeichnete. Er hält die gebräuchliche Methode, Schule in Häusern auf dem Lande abzuhalten, für veraltet und tritt für eine praktische Durchführung der allerdings nicht mehr ganz neuen Idee ein, daß die lebende Welt ein wichtigeres Studiengebiet als alle toten Sprachen wäre. Er hat ein Schiff bauen lassen, das Seetüchtigkeit mit modernen pädagogischen Vorteilen verbindet. Er nennt es „Jungamerika". Die Knabensollen praktisch für die amerikanische Marine erzogen werden; es handelt sich aber nicht in erster Linie um eine sachliche, sondern um eine allgemeine Ausbildung. „Jungamerika" ist ein Schiff von etwa 3000 Tonnen Tragfähigkeit, 262 Fuß Länge und 44 Fuß Breite, und enthält eine Bibliothek, ein Museum, ein Laboratorium, eine Turnhalle, eine Photographenabteilung, eine Druckpresse und andere Gegenstände, die man gewöhnlich nicht auf Fregatten findet. Die 250 „Kadetten", so werden die Schüler genannt, werden unter seemännischer Disziplin stehen. Statt daß sie zur Strafe 500 Zeilen aus dem Vergil abschreiben müssen, wird ihnen nötigenfalls die Erlaubnis, an Land zu gehen, entzogen. Klassenordner werden einmal monatlich ernannt und zwar werden die Fleißigsten dazu befördert. Sie dienen als Wachtoffiziere. Alle Kadetten lernen auch Segel setzen, rudern und steuern, aber an der eigentlichen Bedienung des Schiffes nehmen sie nicht teil. Von 8½ Uhr morgens bis 12½ Uhr mittags werden die Kadetten sich ihren Studien hingeben. Die übrige Zeit ist Marineübungen mit praktischen Vorführungen und dem Studium der Welt gewidmet. Der Studienplan umfaßt alle gewöhnlichen Gegenstände von Arithmetik bis zum Griechischen; dazu kommt noch die Schiffahrtskunde. Auch Deklamation ist unter die Unterrichtsgegenstände aufgenommen worden. Es sind für die nächsten Schuljahre bereits eine Anzahl Fahrten festgelegt. Im ersten Jahre werden zum Beispiel folgende Punkte berührt: Edinburg, Christiania, Kopenhagen, Antwerpen, London, Havre, Gibraltar, Marseille, Nizza, Neapel, Tunis, Algier, Tanger, Madeira, Barbados, Trinidad, Granada, St. Vincent, St. Lucia, St. Kitts, Santa Cruz, Puerto Rico, Kingston, Havana, Annapolis, New York, New Port, eine Reise von etwa 16,000 Meilen mit vier Monaten Ferien. Im zweiten, dritten und vierten Jahr werden wieder andere Orte berührt, und die Reisen betragen 24,000, 26,000 und 27,000 Meilen. Die Kadetten können ihre Gewehren, Kameras, Angelruten, Musikinstrumente usw. mitnehmen. „Jungamerika" wird natürlich keine billige Schule sein; das Schuljahr kostet nicht weniger als 5000 M., worin aber alles mit einbegriffen ist.

Zu den bereits gemeldeten Schneeverwehungen auf der Eisenbahnstrecke Schreiberhau-Grünberg wird amtlich noch mitgeteilt, daß die Strecke ungefähr acht Tage außer Betrieb gesetzt ist. Güter nach Stationen dieser Strecke sind während dieser Zeit nicht anzunehmen. Güter für Stationen jenseits der gesperrten Strecke sind über Seidenberg oder Liebau den Empfangsstationen zuzuführen.

Nicht abgehobener Haupttreffer. Für den ersten Hauptgewinn der Weimarer Geldlotterie, der auf die Nummer 76,271 fiel, hat sich noch kein Abnehmer gefunden. Der Treffer beträgt 60,000 M.

Volksbibliotheken auf Eisenbahnen. Die dänische Eisenbahndirektion beabsichtigt, wie man aus Kopenhagen berichtet, die Wagen dritter Klasse mit nützlichen und belehrenden Büchern zu versehen, die unentgeltlich zur Verfügung der Reisenden stehen sollen. In Schweden hat sich auf mehreren Eisenbahnlinien eine ähnliche Sitte schon lange eingebürgert. Dort werden nicht nur belehrende Bücher, sondern auch poetische Werke wie die Frithjofssage usw. zur Verfügung der Reisenden dritter Klasse gestellt. Auch werden die Bücher häufig erneuert.

Von der Pest in Indien lauten die Nachrichten immer fürchterlicher. Ein Korrespondent aus Kalkutta schreibt wörtlich: „Die Sterblichkeit an der Pest schreitet jetzt über alle Grenzen vorwärts." In der letzten Januarwoche starben nicht weniger als 19,224 Menschen an der Seuche, eine Zahl, die in den gesamten vier Jahren, seit die Pest wieder ihren Einzug in Indien gehalten hat, auch nicht annähernd jemals erreicht worden ist. War doch die Sterblichkeit zeitweise schon auf 1000 in der Woche heruntergegangen. Am schlimmsten steht es nach wie vor in der Präsidentschaft Bombay, wo die Zahl der Todesfälle an Pest allein gegen 9000 erreichte; im Pundschab starben 2442, in den Vereinigten Provinzen 2291, in Bengalen 2124, kleinere Zahlen werden aus den Centralprovinzen und dem Staat Mysore gemeldet. Mit entsetzlicher Wut räumt die Pest wieder in dem berüchtigten Bezirk von Poona auf, wo nahezu hundert Menschen täglich an der Pest sterben. Auch aus Kalkutta wird ein erneuter Ausbruch gemeldet und die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle zeigt reißend an. Das Bedenklichste ist, daß die Seuche in diesem Jahre in ihrer Entwicklung weiter ausgebreitet ist als je zuvor. Die Regierung hat sich gezwungen gesehen, das System der Beaufsichtigung der Eisenbahnen mit Rücksicht auf Pestkranke als hoffnungslos ganz aufzugeben. Allerdings soll durch diese Maßregel die Verschleppung der Pest nach gewissen Gebieten verzögert worden sein; nachdem die Krankheit aber einmal eine neue Provinz ergriffen hat, hat sich die Beaufsichtigung der Eisenbahnen als ganz nutzlos erwiesen.

Furchtbare Stürme toben im Hafen von Tanger. Am Mittwoch gingen zwei große spanische Schiffe unter, doch wurde die Mannschaft gerettet.

Letzte Telegramme.

Berlin, 18. Febr. Dem „Lok.-Anz." zufolge wird die geplante Erhöhung der Berliner städtischen Steuern aller Voraussicht nach für das Geschäftsjahr 1903/04 noch nicht eintreten.

M.-Gladbach, 18. Febr. Bei dichtem Nebel wurde in Odenkirchen ein Fabrikmeister von einem Eisenbahnzug erfaßt und furchtbar verstümmelt.

Laurahütte, 18. Febr. Beim Schmuggeln von Seidenwaren wurde ein Schmuggler von einem russischen Grenzsoldaten erschossen.

Budapest, 19. Febr. Hier streiken die Bäckergesellen. Sie drangen gestern abend in vier Bäckereien ein, überschütteten die Waren mit Weinessig und zertrümmerten die Einrichtungen. Sodann zogen sie vor die Krankenkasse, wo sie die Möbel zertrümmerten. Zwei Polizisten wurden blutig geschlagen; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

London, 18. Febr. Dem Parlament ist gestern eine Denkschrift zugegangen, welche die Korrespondenz mit der russischen Regierung enthält über die Auslegung der Meistbegünstigungs-Klausel im Zusammenhang mit den Kompensationszöllen auf Prämienzucker.

Die Kämpfe in Marokko.

Fez, 18. Febr. Die Kolonne des Kriegsministers hat die Ulad Gaafar geschlagen. Viele Feinde wurden getötet und verwundet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030219019/fragment/page=0003

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

[Nachdruck verboten.]

20. Februar: Winterlich gelinde, strichweise Niederschlag.
21. Februar: Um Null herum, meist trocken, wolkig.

Meteorologische Station zu Halle.

	18 Februar (9 Uhr 12 Mitn. ab.)	19 Februar (7 Uhr 12 Mitn. mtg.)
Barometer Millimeter	770,0	767,9
Thermometer Celsius	2,3	−0,5
Rel. Feuchtigkeit	74 %	85 %
Wind	S 2	S 2

Maximum der Temperatur am 18 Februar: 3,5° C.
Minimum in der Nacht vom 18 Februar zum 19 Februar: −0,5° C.
Niederschläge am 19 Februar 7 Uhr morgens: 2,2 mm.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

* — Das Stuttgarter Komitee für die Prioritäten der Oesterreichischen Südbahn erklärt sich energisch gegen die Vorschläge der Verwaltung und befürwortet eine gründliche Sanierung unter Ausgabe von Prioritätsaktien. Das Komitee habe bereits einleitende Schritte zur Bildung eines sehr potenten Konsortiums angebahnt.

Zahlungs-Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Erstin. Term.	Amt. Frist	Ligl. Ver.	Prüf. Term.
R. Höferlin, Gerbermühle	Renchen	Achern	12.2.	3.3.	12.3.	12.3.
E. Schulze, Kfm., Inh. d. Fa E. Schulze & Co., Zinngusswarenf. Metall- und Seidendruckerei	Annaberg	Annaberg	12.2.	14.3.	12.3.	9 4.
R. Rogalski, Kaufmann	Breslau	Breslau	12.2.	1.4.	11.3.	15.4.
Ernst Tolsdorff, Kaufm.	Charlottenb	Charlottenb	12.2.	9.3.	9.3.	17.4.
Fritz Nitsche, Kaufm.	Cöthen	Cöthen Anh	13.2.	10.3.	3.3.	18.3.
Gewerkschaft Vorwärts	Dortmund	Dortmund	13.2.	13.4.	12.3.	28.4.
S. Meyer, Schuhw.-Gesch	Düsseldorf	Düsseldorf	12.2.	18.3.	6.3.	5.4.
Hildsgses. F. Käseberg	Elberfeld	Elberfeld	11.2.	18.3	14.3.	4.4.
Max Weber, Kaufmann	Euskirchen	Euskirchen	12.2.	24.3.	9 3.	17 4.
E. Schulz, Kfm., in Fa. C Ed. Schulz	Kattowitz	Kattowitz	11.2.	12.4	10.3.	17 4.
Emanuel Malonny, Kfm.	Kreuzb O S	Kreuzb.-O-S	12.2.	21.3.	3.3.	6 4.
Paul Löwenthal, Kaufm., Herrenmodeart.-Gesch	Rostock	Rostock	12.2.	5.3.	12.3.	26.3.
G. A. F. Eggers, Kfm.	Barel	Barel	13.2.	10.3.	12 3.	26.3

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse u. s. w.

New York, 18. Febr. [Telegr.] Roter Winterweizen loco 82⅞ (vorige Notierung 82⅞), Februar — (—), Mai 80⅞ (81⅜), Juli 78¼ (78⅝), September 76⅞ (76⅞). Mais Februar — (—). Mehl 5⅛ (5 1/2), Juli 49¾ (49 1/2).

Chicago, 18. Febr. [Telegr.] Weizen Februar — (75⅛), Mai 77⅞ (78⅛). Mais Mai 45¼ (45⅜).

Berlin, 18. Febr. Frühmarkt. Weizen loco Märker 156,00 bis 156,50 ab Bahn. Mai 161,75. Behauptet. — Roggen loco Märker und Posener 135,00—135,50 ab Bahn. Mai —,—. Still. — Gerste, Leichte inländische Futtergerste 127 132, do. schwere 133—144, do. klamm mit Geruch 128—133, alles frei Wagen und ab Bahn, do. russ 126—129 frei Wagen. — Hafer, märk, meckl, pomm, posen., schles fein 155,00—160 00, do. mackisch, meckenbl., pomm., posen., schles mittel 145,00—154,00, do märkisch., mecklenb., pomm, schles gering 138,00—144,00, do. russ mit Geruch 132—147, alles frei Wagen und ab Bahn. Still. — Mais, amerik. mixed, guter, gesunder 128,00—139 frei Wagen. Etwas matter. — Erbsen, inländische Futterware mittel und russische 145,00—152,00, do. feine 153—160, alles frei Wagen. — Weizenmehl Nr. 00 19,75—22,00. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,90—19,60. — Weizenkleie, grobe 9,50—10 00, do. feine 9,50—10,00. — Roggenkleie 9,60—10,00.

* **Hamburg**, 18 Febr Weizen stetig holsteinischer u. mecklenburgischer 154, Hard Winter No. 2 Febr.-Abladung 133,50. Roggen stetig, südrussischer still, 9 Pud 20/25 Febr-Abl. 106,50 mecklenburg. und holsteinischer 143,00. — Mais stetig, 128,00—130,00, do. runder 93,00. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

* **Amsterdam**, 18. Febr. Weizen auf Termine geschäftslos März —, Mai —. Roggen auf Termine ruhig, März —, Mai —.

London, 18. Febr. (Schluss.) Markt träge. Mehl Tendenz zu Gunsten der Käufer.

Oelsaaten. Oele. Fettwaren.

New York, 18. Febr. [Telegr.] Schmalz Western steam 10,10 (10 20), do. Rohe und Brothers 10,30 (10,50).

Chicago, 18. Febr. [Telegr.] Schmalz Februar 9,57 (9,65), Mai 9,57 9,65).

Bremen, 18. Febr. Schmalz. Ruhig. Loco, Tubs und Firkins 49¾ Pfg., in Doppeleimern 50½ Pfg, schwimmend Febr.-Lieferung Tubs u. Firkins —, Doppeleimer — Pfg. Speck stetig. Short loco — Pfg.

* **Hamburg**, 8. Febr Rüböl (unverzollt) ruhig loco 50 00

* **Paris**, 18. Febr (Schlussbericht.) Rüböl ruhig, Febr. 53 00, März 53,75. Mai-Aug. 54,5, Sept-Dez. 55,75.

Antwerpen, 18. Febr. Schmalz per Febr. 119,25.

Petroleum.

* **Hamburg**, 18 Febr Petroleum ruhig. Standard white loco 6,95 Br.

* **Antwerpen**, 18 Febr. (Schlussbericht.) Raffiniertes, Type weiss loco 21,00 bez. u. Br., per Febr. 21,00 Br., per März 21,25 Br., per Mai 21,50 Br. Fest.

* **New York**, 18. Febr. (Telegr.) Petroleum Standard white in New York 8,20, do. in Philadelphia 8,15, do. Refined 10,50 (in Cases) do. Credit Balances Cat Oil fly 1,55.

Kaffee.

Hamburg, 18 Febr Kaffee behauptet, Umsatz 2.00 Sack.

Hamburg, 18 Febr abends 6 Uhr Kaffee good average Santos, März 27,75 Gd., per Mai 28,00 Gd., Sept. 29,00 Gd. Dez 29,50 Gd Ruhig.

Amsterdam, 18. Febr. Java-Kaffee good ordinary 23 00.

Havre, 18 Febr. (Schlussbericht.) (Bericht der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee good average Santos, per Febr. 34,75, per März 33,50, per Mai 31,50, per Sept. 35,00, per Dez. 35,75. Behauptet.

Zucker.

* **London**, 18. Febr. 96% Javazucker loco 9⅛ nom., Rübenrohzucker loco 8 sh. 1½ d. Fest, ruhig.

* **Paris**, 18 Febr. Rohzucker ruhig, 88% n. Kond. 21½ à 21¾. Weisser Zucker behauptet, Nr. 3, für 100 kg per Febr. 25¼, per März 25⅜, per Mai-August 26⅛, per Okt.-Jan. 27¾.

Spiritus.

* **Nordhausen**, 18. Febr. Branntwein 45 % Vol. für 100 kg ohne Fass ist Brennerei 63,50 66,50 M., desgl. 40 Vol. % 57,50—59,50 M.

* **Hamburg**, 18. Febr. Spiritus ruhig. Febr. 13⅞ Br. 13⅜ G, Febr.-März 13⅞ Br. 13⅜ G, März-April 13⅞ Br. 13⅜ G., April-Mai 13⅞ Br. 13⅜ G.

* **Paris**, 18. Febr. Spiritus fest. Febr. 42,25, März 43,75, Mai-August 44,00, Sept.-Dez. 37.00.

Düngemittel.

Stassfurt-Leopoldshall, 18 Febr. (Bericht von Wichmann & Co.) Trotz des anhaltenden flotten Geschäfts haben sich die Lieferungen bisher noch immer ziemlich prompt erledigen lassen, da es möglich wurde, eintretenden Wagenmangel schnell zu beseitigen. — Der Hauptdruck der Abnahmen dürfte voraussichtlich für März zu erwarten sein. — Kalidüngesalze werden stärker bezogen als im Vorjahre. Es ist mit diesem Satz ein Düngemittel geschaffen, das sich durch die damit überall erzielten Erfolge von selbst immer mehr bewährt. — Es notiert frei Eisenbahnwagen ab Werkstation bei Abnahme in Ladungen per 100 kg: Kainit, fein gemahlen, mit 12,4 Proz. reinem Kali 1,50 M. ohne Sack, 1,88 M. mit Sack. Carnallit, mit 9 Proz. reinem Kali und Kieserit 0,90 M. ohne Sack, 1,30 M. einschliesslich Sack. Kalidüngesalze, mit 20 Proz. reinem Kali 3,10 M., 30 Proz. 4,75 M., 40 Proz 6,40 M. ohne Sack., Abnahme einschliesslich Sack 0,40 M. höher. Torfmehlbeimischung für alle Salze 0,10 M. für 100 kg Aufschlag.

Viehmärkte.

Berlin, 18. Febr. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkaufe standen: 433 Rinder, 2012 Kälber, 1643 Schafe, 11,841 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg. Schlachtgewicht — Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Für Rinder: Ochsen: 1) vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt — —; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete — —; 3) mässig genährte junge und gut genährte ältere — —; gering genährte jeden Alters — —; — Bullen: 1) vollfleischige höchsten Schlachtwerts — —; 2) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere — —; 3) gering genährte 51—57; — Färsen und Kühe: 1) vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts — —; 2) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt — —; 3) ältere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere — —; 4) mässig genährte Färsen und Kühe 52—54; 5) gering genährte Färsen und Kühe 49—52; — Kälber: 1) feinste Mastkälber (Vollmilchmast und beste Saugkälber) 78—80; 2) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 68—74; 3) geringe Saugkälber 52—60; 4) ältere gering genährte Kälber (Fresser) — —. Schafe: 1) Mastlämmer und jüngere Masthammel 67—73 M.; 2) ältere Masthammel 63—66 M.; 3) mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 55—62 M.; 4) Holsteiner Niederungsschafe — auch pro 100 Pfund Lebendgewicht — M. — Schweine: Man zahlt für 100 Pfund lebend oder 50 kg mit 20 proz. Tara-Abzug: vollfleischige, kernige Schweine feiner Rassen und deren Kreuzungen, höchstens 1¼ Jahr alt 55; fleischige Schweine 52—54 M; gering entwickelte 49—51 M.; Sauen 50—52 M.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 250 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt. Der Bestand bei den Schafen wurde bis auf 160 Stück geräumt. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird voraussichtlich nicht geräumt.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 17. Febr. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd. Chemnitz 16. v Philadelphia. Hannover 17. in Bremerhaven. Stuttgart 17 in Hongkong. Prinzess Irene 17. von Genua. Grosser Kurfürst und Sachsen 17. in Genua. Aachen 17. in Lissabon.

Berliner Börse

vom 18. Februar.

(Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gestr. Abendblatt.

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3½, Lomb. 4½
Amsterd. 3. Brüssel 3. Wien 5
Petersb. 4½. London 4. Paris 3

Deutsche Fonds- u. Staatspap

Barmer Stadtanleihe	3½	100,30 —	
Berliner Stadt-Obl.	3½	100,90 —	
do. do. 1892	3½	100,90 —	
Magdeburger St Anl.	3½	100,30 bz	
do. do neue	4	104,50 bz	
Westpr. Prov.-Anl.	3½	—	
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	151,20 —	
Bayrische Anleihe	3½	101,90 B	
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	137,00 bz	
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	139,40 bz	
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	143,40 bz	
Meininger 7 fl.-Loose	—	31,50 bz	
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	133 90 bz	

Ausländische Fonds.

Argent Gold-Anl. 59/0	5	— —	
do innere do. 4½%	4½	83 20 bz	
Barletta 100 Lire-Loose	—	19,20 bz	
Bukar. Stadt-Anl. 1884	4½	— —	
do do 1888	4½	94 30	
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	— —	
Chinesische St.-Anl.	5½	— —	
do. v. 1895	6	— —	
do. do. kleine	6	105,10 bz	
do. v. 1896	5	101,10 B	
do. v. 1898	4½	93 10 bz	
Egyptische priv. Anl.	3	— —	
do. do. do.	3½	— —	
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	39,25 bz	
Griech. Anl. 1881—84	—	43 60 bz	
do. kons. Goldrente	—	33 20 bz	
do Monopol-Anl.	—	45,40 bz	
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	42,00 bz	
Lissabon Stadtanl. 1886	4	82 00 bz	
do. do. 4	4	82 00 bz	
Mailland. 10 Lire-Loose	—	19 70 bz	
Mexikaner Anl. à 100	5	101,10 bz	
do à 20	5	102,00 bz B	
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —	
Oesterr. 1860er Loose	4	156,50 bz	
Rumän. Anleihe 1891	4	86,40 bz	
do do mittlere	4	86 80 bz	
do. do. kleine	4	85 80 bz	
Russ. Gold-R. 1880, 87	5	— —	
do. Orient-Anl. II.	4	— —	
do do III.	4	— —	
do. Nicolai-Oblig.	4	— —	
do. Bodem-Kredit	4	— —	
do. 3⁸/⁹% do. gar.	3,8	97,70 bz	
Russ. Prämi.-Anl. 1864	5	— —	
do. do. 1866	5	— —	
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	101 20 bz B	
do. do. 1890	3½	100,00 B	
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	101,10 B	
Türkische Anleihe D.	1	33 60 bz	
do. Administ.	5	103 50 bz	
do. 400 Frcs.-Loose	—	133,00 bz G	
Ungarische Gold I.-A.	4½	— —	
do. Kr.-R.	4	100 25 B	
do. Staats-R. 97	3½	93,75 bz	

Industrie Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	15	247,00 bz	
Admiralsgarten-Bad	5	95,00 bz	
Annaburger Steingut	0	83 50 bz	
Archimedes	4	159,00 bz	
Braunschweiger Jute	12	188,50 bz	
Berl.-Anh. Maschinen	14	187,60 bz	
Berl-Charl Bau-V.	m T	666,50 bz G	
Berliner Bockbrauerei	9	159 00 bz B	
do. Brauerei Königst.	5	111 80 bz	
do. Union Gratwell	5	111,00 bz	
Brsl. Eisenb. W., Linke	8	176 50 bz B	
Breslauer Oelwerke	½	67,60 G	
do. Strassenbahn	10½	158,00 bz	
Cement-Bau-Ges. Berl.	fr. Z	286 50 B	
Charlottb. Wasserwerk	13½	208 50 bz	
Chem. Fabr. Schering	10	213 60 bz	
Chemn. Masch. Zimm.	4	114,90 bz	
Dessauer Gas	12	202,50 bz B	
Deutsch-Am. Werkz.	0	41 50 bz G	
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	5	210,00 bz	
Dische Jutespinnerei	5	149,75 bz	
Eckert Mühle	5	130,00 bz	
Elberfeld. Farbenfabr.	20	342,00 B	
Erdmannsdorf. Spinn.	0	65,50 bz G	
Freund Masch. konv.	12	328,75 bz G	
Görlitzer Eisenbhd.	12	224 00 B	
Hagener Gusstahl	fr.	44,00 bz	
Hansa, Dampfschiff.	8	122 90 bz	
Harburg-Wien Gummi	20	345,00 bz B	
Harkort St.-Pr. konv.	7	89,00 bz	
do. Brückenb. konv.	7½	116,00 B	
do. do. St.-Pr.	8½	135 20 bz B	
Keyling & Th. Eiseng.	6	112,00 bz G	
Köln-Müsener conv.	4	102,20 bz	
Kurfürstendi. Ges. i. Liq.	fr. Z	348,00 G	
La Veloce, Ital. D.	0	— —	
Ludw. Löwe & Co.	12	269,25 bz G	
Mälzerei Wrede	4	50,00 G	
Magdeburger Baubank	5	23,00 bz B	
Magdeb. Strassenbahn	5	120,00 bz G	
Maschin. Breuer	4	80,70 bz	
Neue Boden-A.-G.	13	153,90 bz	
Neuroder Kunstanstalt	7	100,60 G	
Nienburg E.-V.-A. abg.	0	68,00 bz G	
Nordd. Eiswerke	1	63 00 G	
Omnibus Gesellschaft	10	187,75 G	
Oppeln Portl.-Cem.	3	116 25 bz G	
Orenstein & Koppel	0	129,75 bz B	
Rhein. Chamotte Masch.	3	75,10 bz G	
Sangerhäuser Masch.	15	195 25 bz G	
Saxonia Cement	3	98,50 bz	
Schäffer u. Walcker	0	51,75 bz G	
Schlesische Cement	6½	132 00 bz G	
Schwartzkopff	10	219,25 bz B	
Siemens, Glas-Industr	18	243 00 bz G	
Siemens & Halske	4	131 50 bz G	
Stettiner Cham. Didier	18	261,00 bz G	
Sudenburg. Maschin.	0	61,50 bz	
Ver Köln-Rottw. Pulv	11	209,50 bz G	
Vereinsbrauerei Artern	5½	— —	
Westf. Draht-Industrie	9	159 00 bz G	
Wittener Guss	7	160,00 bz	
Wilhelushütte conv.	0	— —	
Zuckerfabr. Fraustadt	10	153,75 bz G	

Deutsche Eisenb.-Prior. Oblig

Dortm.-Gronau	3½	— —	
Ostpreuss. Südbahn	4	83,70 bz G	

Deutsche Eisenb-St. Prior.

Breslau-Warschau	4	— —	
Dortmund-Gronau K.	4½	198,25 bz G	
Marienb.-Mlawkaw	5	123,256	
Ostpreuss. Südbahn	4 2/3	— —	

Eisenb Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. St. gar.	3	70,60 bz G	
do. Mittelmeerb. stfr.	3	102,50 bz G	
Lemberg-Czernowitz	4	— —	
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	95,900	
do Ergänzungsn.	3	94 600	
do. Gold-Pr.	4	102,75 bz G	
Oesterr Lokalbahn	4	— —	
do. Nordwestbahn	4	— —	
Südöstler Bahn (Lombb.)	3	66,00 bz G	
do. Obligationen	5	106,20 bz	
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	— —	
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	— —	
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	103,00 bz B	
Kaal.-Woronoch. Oblig.	5	— —	
K. Chark.-As., Obl., 89	4	100,80 bz	
Kursk-Kiew	4	101,25 bz B	
Mosco-Kiew-Woron	4	100,75 bz	
Mosco-Kursk	4	— —	
Mosco-Rjäsan	5	101,60 G	
Mosco-Smolensk	5	101,00 B	
Orel-Grüsi 1889	4	— —	
Rjäsan-Koslow	4	101,20 bz B	
Rjäsan-Ural gar. gkd. (b. 1909	4	— —	
Rjaschk-Morczansk	4	100,75 bz G	
Rybinsk-Bologoye	4	100,00 bz G	
Russ. Südwestbahn	4	100,60 bz G	
Transkaukasische	3	— —	
Warschau-Wiener 10er	4	102,20 bz	
do IX Ser.	4	101,20 bz	
Wladikawskas Oblig.	4	— —	
do. unkdb. b. 1906	4	— —	
Manitoba rz. 1933	4½	100 70 bz G	
Northern Pac. I. b. 1921	4	— —	
do. Pref.	4	93,50 bz G	
do. Gen. Lien.	3	75,00 bz B	
S. Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	— —	
do. do. do.	5	90,10 bz G	
Central-Pacific	5	— —	
Vereinl. I. 2040 M.	5	103,75 bz G	
„ II. Ergz. 2040 M.	5	103 80 bz G	
Mazedonische G.-O.	3	66,00 bz G	
Portug. Eisenb. O. 1886	3	73,90 bz	
do. 1890	4½	98,700	

Eisenbahn Stamm Aktien.

Aachen-Mastricht	2½	— —	
Buschtiehrader B.	13	— —	
Halberst.-Blankenb.	4	110,060	
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	161,106	

Ausländ. Eisenb. Stamm- u. Stamm Prior. Aktien.

Aussig-Teplitz	13,4	— —	
Böhmische Nordbahn	7,3	— —	
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —	
Graz-Köflach	6½	— —	
Kaschau-Oderberg	4	— —	
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	101,30 bz G	
Lemberg-Czernowitz	4	— —	
Oesterr. Nordwestb.	4½	— —	
do. B. Elbethalb	5½	— —	
Südösterreich (Lomb.)	2/5	16 00 bz	
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —	
Ivanjor-Dombrowo	5	— —	
Kursk-Kiew	9⅛	— —	
Warschau-Terespol	5	— —	
Warschau-Wien	7½	188,75 bz B	
Gothmarbahn	6	131,80 G	
Lüttich-Limburg	0,10	— —	
Schweiz. Centralbahn	9⅛	— —	
Westsicilianische Anl.	4	39,50 bz G	

Hypoth.-Pfand- u. Rentenbrief.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	— —	
Berl. Hyp.-B. 50% abg.	4	100,00 bz G	
do. do.	3½	96,50 bz B	
B.-Han. Hyp. I., X., XI.	3½	97,50 bz G	
„ II.-IX., XII.-XV.	4	96,75 bz G	
„ XVI. u. XVII.	4	101,00 bz G	
„ XVIII. unk. 25	4	101,25 bz G	
„ XIX.	3½	96,75 G	
„ XX. unk. 10	3½	96,75	
D. G.-K.-B. IV. rz. 110	4	101,90 bz G	
do. do. V. rz. 105	3½	— —	
do. VI. unkb. 1900	4	100,90 bz B	
do. VII. unkb. 1903	4	102,30 B	
do. VIII s.b. 1905 unkb.	3½	103,00 G	
do. IX. u. IX a bis 9 unk.	4	97,80 G	
Deutsch. Hyp.-B.-Pfd. VII.	4	100,90 bz B	
do. I. u. Ia. conv.	4	161,25 G	
do. X. unkdb 19/0	4	151,50 bz G	
do. XI. u XII. „ 1918	4	102,80 bz G	
Hamb. 251-310 unk. 1905	4	101,25 bz G	
do. unk. bis 1900	4	101,00 bz G	
do. S. 61-330, unk. 1908	3½	97,75 bz G	
do. S. 46-190, uk. 1905	3½	97,50 bz G	
do. alte u. conv.	3½	— —	
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3½	96,30 G	
do. do. II.	4	102,25 G	
do. do. III	4	102,90 G	
do. do. IV VI.	4	102,90 G	
do. do. VIII. IX.	3½	98,000	
Leipz. Hyp.-B. VII. 1908	4	102,75 bz G	
do. do.	4	102,90 G	
do. do. VIII. IX.	3½	97,60 bz	
Mein. H.-B., conv.	4	151,20 bz G	
do. Serie II.	3½	97,60 bz	
do. unkdb. bis 1905	3½	97,60 bz	
do. unkdb bis 1907	4	101,40 bz G	
do. Em. VI.	4	102,50 G	
do. Em VII unk. b. 1906	4	103,000	
do. Präm.-Pfdbr	4	135,90 bz	
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	102,20 bz G	
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	101,90 G	
Ostpreussische	3½	102,10 B	
Pom. H. V., VI. 1900 uk.	4	101,20 bz G	
do. VII, VIII. 1904 uk.	1	89,30 G	
do. IX. X. 19 6 uk.	3½	— —	
do. XI. XII. 1908 uk.	4	— —	
do. II. III. 1906 uk.	3½	— —	
Posensche	1	103,100	
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	— —	
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	— —	
do. XIII. rz. 100	4	101,90	
do. XIV. ukb. 1905	4	102,30 bz G	
do. XV. ukb. 1904	4	102,75 bz G	
do XVIII ukb. 1911	4	103 50 bz G	
do. XIX ukb. 1911	4	103 30 bz G	
Pr Centrb.-Pfdbr. 1909	1	98,30 bz G	
do. do. v. 189	3½	98,00 bz G	
do. ukb. 1906	4	101,00 bz G	
P. H. A-B. abg. 80% rz 12	4½	116 50 bz G	
do. do.	4	100,70 bz	
do. do.	3½	95 50 bz B	
do. Restcertifikat.	frc.	16 80 bz	
Pr. Pfdbr.-Bk. ukb. 1905	3½	97,25 bz G	
do. XVIII ukb. 1908	3½	97,25 bz G	
do. XIX ukdb. 1910	4	102,25 bz G	
do. XX u. XXI uk. 1910	4	103,00 G	
do. Kleinb.-Obl. b. 1901	3½	96,500	
do. „ „ b. 1908	4	102 10 bz G	
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	100,75	
do. do. Em. II. unk. 1910	4	104 50 bz G	
Rh.-W. Bder. I III. V. ukb. b 1905	1	101,00 bz G	
„ II. u. IV., b. 190	3½	97,40	
„ VI., ukdb. 1909	3½	97,900	
„ VII., ukdb. 1908	4	101,506	
„ VIII., ukdb. 191	4	102,400	
Sächsische	1	— —	
do.	3½	101,60 bz G	
do.	3	90,70 bz	
Westd. B. C.-Pf. I. uk 04	4	101,205	
do. do. VI. 10	4	102 606	
Westpr. ritt. I. II. B	4½	100,100	
Pommersche	4	103 80 G	
Posensche	4	103 70 B	
Preussische	4	103,300	
Sächsische	4	103,60 G	
Schlesische	4	103,750	

Rentenbriefe

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	4	103,25 bz G	
Arenberg Bergwerk	45	554,25 bz	
Bareyer Walzwerk	0	106 60 bz G	
Berzelius	0	95 80 bz	
Bismarckhütte	10	227,00 bz G	
Concordia-Bergwerk	25	271 00 bz G	
Consolidat. Bergw.-G.	27	347,50 bz G	
Consol. Marie	4	79,250	
Duxer Kohlenbergb.	15	175,50	
Gelsenkirch. Gusstah.	0	103 60 bz G	
Harzer Eisenw Lit. A. B.	0	82 30 bz	
Inowrazl., Steinsalzbl	6	117,000	
Kattowitzer	12	269,50 bz	
Königin-Marienh. V. A	—	56,75 bz	
Leopoldsgr. Edderitz	7	106 00 bz G	
Luise Tiefbau konv.	0	— —	
do. do. St.-Pr.	0	71,75 bz	
Magdeburg-Bergwerk	35	— —	
Marienhütte Kotzenau	0	76,25 bz G	
Mend & Schwert. St.-Pr.	0	88 50 bz G	
Niederl. Kohlen	8	135 50 bz G	
Rhein. Stahlw. Lit. C.	5	158,00 bz G	
Schlesisch. Zinkhütten	16	360,00 bz G	
Stadtberger Hütte	12	147 25 bz G	
Wurm-Revier	—	81/2 130,00	

Oblig. v. Industr. u. Bergw. Ges

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	101,25 bz G	
Aschaffenb. Papierf.	4½	— —	
Aschersleb. Kalkwerke	4	109,80 G	
Bochumer Gusstahl	4	— —	
Dessauer Gas	4½	107,50	
Dortmunder Union	5	111,40 bz	
Elektr. Licht- u. Kraft.	4½	102,75 G	
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	99,70	
Hamb. Packetfahrt	4	— —	
Fr. Krupp-Obl	4	102 60 G	
Laurahütte	3½	96,00 bz B	
Naphta Obligationen	4½	100 30 bz	
Nordsüdbahn	4	— —	
Oberschl. Eisen Ind.	4	97,00 B	
Ver. Tiefe-Winkler	4	105,00 G	
Zeitzer Eisengiesserei	4½	105,00 G	

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	4½	131,50 bz G	
Berg-Märk. B. i. Elbf.	6½	158 30 bz G	
Berliner Hyp.-Bank	4	106,25 G	
do. do Lit. B.	4	125 80 bz B	
Börsen-Handelsverein.	4½	100,000	
Cob. Goth. Kredit-Ges.	4	94,75 G	
Cöln W. u. Komm.	1½	99,75 G	
Danziger Privatbank	5	114,000	
Dtsch. Effek.-B. (Hahn)	1½	105,75 G	
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6½	127 00 bz B	
Dresdener Bankverein	5½	104,25 G	
Essener Kredit	8	150,75 G	
Gothaer Privatbank	6	123,75 G	
do. Grundkreditb.	7	135,90 bz B	
Hamburg. Hypoth.-B.	8	159 00 bz G	
Königsberg. Vereinsb.	6	112,00 bz G	
Leipziger Bank	fr. Z.	1,25 bz	
Lübecker Kommerzb.	6⅔	123,50	
Magdeburger Privatb.	0	94 00 bz G	
Nordd. Grund-Kredit.	5	98 950	
Pr. Hyp.-B. abg u. neue	0	110,75 bz G	
Preuss. Pfandbr.-Bk.	7	130,00 bz G	
Rheinische Bank	0	44,75 bz B	
Wilhelma, Mgd Allg. U.	17⅔	139 00 G	

Leipziger Börse, 18 Februar.

Zi		M	Zi		M
1	Sächs. Rent.-Anl.	91 30	4	Mansf. Gew 1882	101,75
4	do. 1900	91,300	4	do 1879	101 75
3	do. 500	91 30	4	do Em 1875	101 75
		Thlr.	3½	Stadtobl 1881 konv.	101,20
3½	Staatsanl 1855	100 95 30	3½	do 1876 konv.	101,20
3½	do. 67 kv. 4%	500 101 35	3½	Alb Landoblig.	101,25
3½	Laudrentenbr.	500 99,50	3½	do do	500 101,50

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.		
13,4	Aussig-Tepl. 500 fl.	257,